



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

17. Juli 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute melde ich mich außer der Reihe – aber dies ist schließlich auch keine gewöhnliche Woche. Am Montagmorgen kam die Nachricht aus Brüssel, dass die Verhandlungen zwischen den Euro-Ländern und der griechischen Regierung ein Ergebnis brachten und ein Abkommen getroffen wurde. Damit ist der drohende Austritt Griechenlands aus der Eurozone zunächst einmal abgewendet – das ist gut!

Die ersten Schritte auf dem Weg zu einem neuen Hilfsprogramm für Griechenland sind getan. Das griechische Parlament hat bereits einige Reformen beschlossen – Griechenland hat damit die ersten der am Wochenende getroffenen Vereinbarungen eingehalten. Heute ist die Sondersitzung des Bundestages. Wir stimmen darüber ab, ob Verhandlungen über ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland aufgenommen werden sollen.

Die Debatte im Plenum dazu begann um 10 Uhr. Für die Diskussion sind drei Stunden angesetzt – auf dem Foto auf der nächsten Seite sehen Sie, wie voll der Plenarsaal ist.

Wenn man die verhandlungstechnischen Schachzüge, die nationalistisch gefärbten Unterstellungen und die gegenseitigen Vorwürfe mal beiseite lässt, stellt man fest: Eine Mehrheit der Deutschen will den europäischen Einigungsprozess auf keinen Fall zurückdrehen. Selbst angesichts der Probleme mit Griechenland ist eine Mehrheit für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone und der EU. Und weltweit hoffen Staaten wie die USA und China, dass die Einheit Europas erhalten bleibt. Für die SPD war und ist Europa mehr als eine wirtschaftliche Angelegenheit. Europa ist eine Herzenssache, wenn man so etwas von einer Partei sagen kann.

Euse / Ihre Brigitte Zypries

Erklärung des Eurogipfels im Wortlaut

[Hier](#) finden Sie das am 12. Juli beschlossene Papier mit allen vereinbarten Maßnahmen zum Nachlesen.

Medikamente für Griechenland

Die Bilder vom Notstand in griechischen Kliniken sind alarmierend. Vielerorts ist es bereits zu einem Medikamentenengpass gekommen.

Der SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach fordert im [Interview](#) mit dem Kölner Stadt-Anzeiger eine konzertierte Hilfsaktion von Pharmafirmen und Krankenkassen.



TTIP - Fluch oder Segen für die Kultur- und Kreativwirtschaft?

Darüber wollen wir mit Ihnen am Montag, **20. Juli 2015 um 19.00 Uhr** im SPD-Haus in Frankfurt (Fischerfeldstr. 7–11) diskutieren.

Einführungsreferat: **Heike Raab**, Staatssekretärin im Rheinland-Pfälzischen Innenministerium

Unsere Diskutanten sind:

Dr. Nina Hütt, Mitarbeiterin im Justizariat des Hessischen Rundfunks

Alexander Skipis, Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Dr. Florian Stadlbauer, Vorstandsvorsitzender der gamearea-FRM e.V.

Dr. Michael Klein, Direktor des INM-Institut für Neue Medien, Frankfurt

Wolfgang Brehm, Fachanwalt für Filmrecht

Die Diskussion wird moderiert von **Michael Siebel**, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des *Forum für Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen e.V.*

(Bild: Brigitte Zypries)

Viele Menschen lehnen eine weitere finanzielle Hilfe für Griechenland ab, weil sie das Land als ein Fass ohne Boden ansehen. Die Entscheidung ist natürlich auch für Deutschland von erheblicher Tragweite. Es geht schließlich um insgesamt 82 bis 86 Milliarden Euro. Aber: Ohne Hilfe nimmt nicht nur die europäische Einigung Schaden, sondern es ist mit nicht vorhersehbaren Folgen auf den Finanzmärkten zu rechnen.

Wir wissen nicht, was der sogenannte „Grexit“ auslösen, wie die Finanzmärkte reagieren, was das für die deutsche Wirtschaft heißen würde. Ganz abgesehen von der humanitären Katastrophe für die Griechen.

Die geplanten Finanzhilfen sind diesmal eng mit einem Reformprogramm für Griechenland verzahnt.

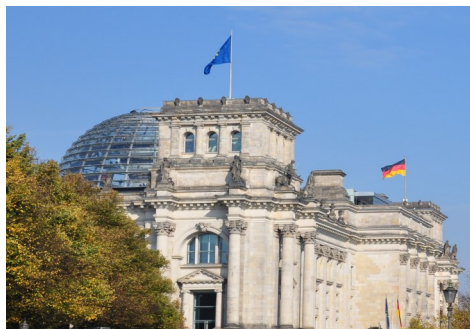
Natürlich nimmt niemand das Ganze auf die leichte Schulter. Es geht um große Summen und das ist weder für die Bundestagsabgeordneten noch für alle anderen deutschen Steuerzahler ein einfacher Schritt. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir in Deutschland in der Lage sind, unseren Beitrag für den Zusammenhalt von Europa zu leisten. Wir können das – und wir sollten es auch tun.

Sicher sind die kommenden Tage nicht ganz einfach für uns – aber am schwersten ist die kommende Zeit für die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands, das darf man nicht vergessen.

Wie geht es jetzt weiter?

- Nach dem positiven Votum aus Griechenland können die Nationalparlamente jetzt darüber abstimmen, ob Verhandlungen über ein ESM-Hilfsprogramm aufgenommen werden sollen. Nicht in allen Ländern ist eine Parlamentsbeteiligung vorgesehen – in Deutschland allerdings schon. Der Bundestag stimmt heute ab – es wird eine große Mehrheit der Abgeordneten zustimmen.
- Danach können Verhandlungen über ein ESM-Programm aufgenommen werden.
- Auch über ein ausgehandeltes ESM-Kreditprogramm müssen viele Nationalparlamente noch einmal abstimmen. So auch der Deutsche Bundestag. Einen Termin dafür gibt es noch nicht. Möglicherweise bedeutet das aber eine weitere Sondersitzung in der Sommerpause.

All dies muss möglichst schnell gehen – die Entscheidung für ein neues Hilfsprogramm ist zum Beispiel auch Voraussetzung dafür, dass die griechischen Banken wieder öffnen können – und die Schuldenlast nicht noch stärker steigt.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Bilder: Daniel Becker

Was steht in dem Abkommen vom Wochenende?

- Erste Reformen, umzusetzen innerhalb von drei Tagen: Reform der Mehrwertsteuer, Rentenreform, Unabhängigkeit der Statistikbehörde sichern, Umsetzung des europäischen Stabilitätspaktes. Diese Beschlüsse hat das griechische Parlament bereits gefasst. Außerdem hat es beschlossen, auch alle anderen Vereinbarungen mitzutragen.
- Weitere Reformen, umzusetzen bis zum 22. Juli: Das Zivilrechtssystem muss reformiert und die EU-Richtlinie über die Sanierung von Banken umgesetzt werden.
- Anschließend müssen weitere Reformen im Rentensystem umgesetzt und die Arbeitsmarktpolitik angepasst werden. Die Wirtschaft wird dereguliert, indem Empfehlungen z. B. zu Öffnungszeiten umgesetzt werden.
- Privatisierungen (z. B. zunächst der griechischen Elektrizitätsgesellschaft) werden verstärkt vorgenommen. In Griechenland soll ein Treuhandfonds eingerichtet werden, der sich um Privatisierungen kümmern soll. So sollen 50 Mrd. Euro eingenommen werden, deren erste Hälfte für die Rekapitalisierung der Banken und die dann zu je einem Viertel für die Verringerung von Schulden und für Investitionen verwendet werden sollen.
- Die Kosten der griechischen Verwaltung müssen gesenkt werden.
- Die sogenannten „Institutionen“, also IWF, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank, müssen eingebunden werden. Das heißt, sie dürfen wieder regelmäßig die Einhaltung der Reformen prüfen und werden bei relevanten Gesetzentwürfen konsultiert.

Das sind die Mindestanforderungen für die Aufnahme von Verhandlungen über ein ESM-Programm. Die Vereinbarungen über das Programm selbst müssen dann erst noch getroffen werden. Die „Institutionen“ schätzen, dass der Programmfinanzierungsbedarf zwischen 82 und 86 Milliarden Euro liegen wird. Griechenland braucht allerdings schon vorher Geld – 7 Milliarden bis zum 20. Juli und weitere 5 Milliarden bis Mitte August. Einen „Schuldenschnitt“ wird es – nach derzeitigem Stand – nicht geben. Das ist in den Europäischen Verträgen ausgeschlossen – und an die müssen wir uns halten. Denkbar sind allerdings längere Tilgungs- und Rückzahlungsfristen. Außerdem wird es ein EU-Investitionsprogramm von bis zu 35 Milliarden Euro geben, das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern soll.